

Klopapier und Bleistifte sind nicht verhandelbar – akademische Lehre schon?!
Stellungnahme zu Wert und Vielfalt von Lehre an (Berliner) Hochschulen

Trotz der Veränderung der Gesetzeslage im Sommer 2011 hat sich die Situation der Lehre an den Berliner Hochschulen nicht verbessert. Viele Lehrende werden prekär oder gar nicht bezahlt, die Politik und die Unis setzen vor allem auf Forschung. Ein Beispiel dafür – aber bei weitem nicht das einzige – ist das Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft der FU. Genug Anlass für ein paar Forderungen!

Bildung steht zumindest rhetorisch auf der politischen Agenda zurzeit hoch im Kurs: Student_innen haben mit ihren Bildungsprotesten im vergangenen Wintersemester den Fokus auf die Universitäten gelenkt, bereits in dem vorangegangenen Sommersemester wurde die Neufassung des Berliner Hochschulgesetzes (BerlHG) rechtskräftig. Der Ruf nach mehr und besserer universitärer Lehre ist unüberhörbar und erklärtes Ziel über alle Parteigrenzen hinweg, gleichzeitig aber wird diesem zentralen Bestandteil des universitären Auftrages die Substanz genommen. Universität steht nach wie vor für Lehre *und* Forschung und trotzdem läuft offensichtlich irgendetwas falsch.

Die seit dem 02.06.2011 geltende Neufassung des BerlHG hat sich – neben vielem Kritikwürdigem – die Verbesserung der Situation von Lehrbeauftragten auf die Fahnen geschrieben und zumindest hier einige begrüßenswerte Veränderungen bewirkt. Darunter fällt neben der Anerkennung von Lehrbeauftragten als Mitglieder der Hochschulen auch die Pflicht zur Bezahlung von Lehraufträgen. Auf die Vergütung von Lehraufträgen kann nun nur noch im Nachhinein von Seiten der Lehrbeauftragten verzichtet werden. Damit ist die Tradition unbezahlter Lehre und der Missbrauch der Institution Lehrbeauftragte für die Deckung des Lehrbedarfs an einigen Berliner Instituten vorerst beendet – aber die Probleme enden damit nicht.

Ein besonders drastisches Beispiel dafür ist das Otto-Suhr-Institut (OSI) der FU Berlin, das größte politikwissenschaftliche Institut in Deutschland:

Hier wurde bislang ein Drittel der Lehre von Lehrbeauftragten übernommen, davon wiederum 2/3 durch unbesoldete Lehraufträge. Diese Lehrenden wurden folglich nicht bezahlt. Die grundsätzliche Bezahlung von Lehraufträgen bedeutet aber mitnichten eine ‚angemessene Bezahlung‘: 120 Studierende in einem Seminar sind keine Ausnahme. Lehrbeauftragte haben für ihre gut 900€-Pauschale für eine Lehrveranstaltung oft um die 50 Hausarbeiten zu betreuen. Die Vor- und Nachbereitung der Lehre wird in die Bezahlung nicht einbezogen. Das erschwert qualitativ hochwertige Lehre massiv, da die Lehrbeauftragten folgendermaßen rechnen müssen: jede Minute, die sie in Betreuung und Vorbereitung stecken, senkt ihren Stundenlohn.

Statt nun die Gesetzesänderung zum Anlass zu nehmen, den Stellenwert von Lehre, gerade von grundständigen Lehrangeboten zu reflektieren und dafür mehr Stellen zu schaffen, wird am OSI die Studienordnung verändert. So werden die Grundlagenbereiche politischer Wissenschaft ebenso zusammengestrichen wie danach gefragt wird, wie sich das Lehrangebot weiter kürzen lasse. Grund: Aus den laufenden Mitteln lässt sich nichts finanzieren und es fehlt der politische Wille, zusätzliche Ressourcen bereitzustellen oder einzufordern.

Besonders am OSI aber auch an anderen Instituten Berlins entstanden mit der Einführung des BerlHG neben den altbekannten also auch einige neue Probleme: Besonders brisant ist die dabei Frage, wie die bisher unbezahlten Lehrbeauftragten bezahlt werden sollen. Wer kommt z.B. für die am OSI fehlenden ca. 20.000€ auf? Oder soll statt der grundsätzlichen Besoldung von Lehre einfach weniger Lehre angeboten bzw. die Studienstrukturen so verändert werden, dass weniger Lehre nötig ist? Und eine alte Frage bleibt: Was ist uns Hochschullehre eigentlich wert?

Wir – die Unterzeichner_innen des Briefes – nehmen die Neuerung des BerlHG und die Bildungsproteste der Studierenden im vergangenen Wintersemester zum Anlass um ein paar deutliche Worte zu sprechen:

Lehre hat an universitären Einrichtungen traditionell einen geringen Stellenwert. Es ist die Forschung, die den Ruhm einer Universität ausmacht und die Wissenschaftler_innen den Karriereweg bahnt. In Zeiten Drittmittel-finanzierten Cluster und Eliteprojekte hat sich dieser Trend noch verstärkt. Mit Lehre lässt sich kein Geld machen und dementsprechend sind die Mittel für sie knapp. Lehrbeauftragte werden gering oder auch gar nicht bezahlt – es darf nicht vergessen werden: Privatdozent_innen sind von der Neuregelung des BerlHG indirekt betroffen: Sie müssen nach wie vor unbesoldete Lehre anbieten, um ihren Titel zu halten. Wollen oder sollen sie mehr lehren, als ihre Verpflichtung, ihr Deputat, vorschreibt, so müssen auch sie zukünftig eigentlich einen bezahlten Lehrauftrag erhalten. Eigentlich. Aber auch den Lehrenden mit

Anstellung wird das Lehren schwer gemacht. Sie sollen möglichst wenig Zeit auf Lehre verwenden und stattdessen viel in die Leuchtturmprojekte der Forschung investieren.

Die sogenannte Kernlehre, also Veranstaltungen, die grundlegenden Inhalte eines Studienganges vermitteln sollen, wird inzwischen längst auch von solchen Lehrenden geleistet, die ursprünglich das Lehrangebot ergänzen sollten. Mit dieser Tatsache muss eine Auseinandersetzung erfolgen, anstatt das versucht wird, sie wegzurechnen.

Die einseitige Fixierung auf Forschung macht sich für die Studierenden auf unterschiedliche Weise bemerkbar: Die schlechtesten Bedingungen herrschen im Grundstudium. Es lässt sich ein Fokus in der Lehre auf die Betreuung von Master-Studierende oder Graduate Schools feststellen. Gespart wird im Bereich der Grundlagen, die nicht unmittelbar anwendungs- oder forschungsbezogen sind. Am OSI zeigt sich bspw. die geringe Relevanz, die der Grundlagenvermittlung beigemessen wird darin, dass immer weniger Lehrveranstaltungen zum Themenbereich (kritische) Theorie – dieser Bereich wurde in den letzten Jahren zunehmend von Lehrbeauftragten getragen – sowie zu rechtlichen, historischen oder soziologischen Grundlagen der Politik angeboten werden. Gleichzeitig hat sich der Bedarf und die Nachfrage nach (kritischer) Theorie nicht wesentlich verringert. Wie das Beispiel verdeutlichen soll, wird der personellen und institutionellen Absicherung und Finanzierung der Grundlagenvermittlung in den jeweiligen Disziplinen kaum eine Relevanz zugesprochen.

Wir halten fest: Lehrbeauftragte ebenso wie Tutor_innen und Privatdozent_innen werden nach wie vor weit unterhalb des tatsächlich geleisteten Arbeitsaufwandes bezahlt, daran ändert auch die Novellierung des BerlHG erstmal nichts. Sozialversicherungspflichtige Stellen werden weiter abgebaut. Der klassische Mittelbau verschwindet immer mehr, nachdem schon vor knapp fünf Jahren mit dem Wissenschaftszeitvertragsgesetz (WissZeitVG) der unbefristete Mittelbau gesetzlich abgeschafft wurde. Übrig bleiben die Professuren, die aufgrund von Mehrfachbelastungen und Drittmitteldruck der Lehre auch nur einen geringen Teil ihrer Zeit und Aufmerksamkeit widmen (können).

Dieser Mangel an angemessen bezahlter, institutionell eingebundener Lehre paart sich schließlich mit einer begrüßenswerter Weise wachsenden Zahl an Studierenden. Das Ergebnis ist: Volle Seminare, weniger Vielfalt in den Lehrangeboten, wissenschaftlicher Nachwuchs ohne angemessene Bezahlung, die oftmals verzweifelte Suche von Studierenden nach Prüfer_innen für ihre Abschlussarbeiten...

Grundlegend läuft also etwas falsch in Sachen Hochschullehre. Und dies ist tief verwurzelt in universitären Strukturen, die Forschung und Lehre getrennt voneinander denken. Lehre gerät dabei immer mehr ins Abseits. Es geht höchstens um Ausbildung. Bildung als Ziel rückt in weite Ferne. Inhaltliche Vielfalt und kritische Perspektiven treten zurück. Weder für Studierende noch für Lehrende (egal welchen Status') ist diese Situation länger tragbar.

Die Autor_innen dieses Briefes stellen sich mit folgenden Forderungen in eine Reihe mit den Verfasser_innen und Unterzeichner_innen des Templiner Manifestes der GEW, das strukturelle und personelle Veränderungen in den Hochschulen einklagt, um faire Beschäftigungsverhältnisse und eine Demokratisierung der Entscheidungsfindung zu ermöglichen.

Wir fordern daher:

? Lehre und Forschung müssen einen gleichberechtigten Stellenwert innerhalb der Hochschulen einnehmen! Die Qualität von Lehre muss als Kriterium für Zuwendungen an Unis und als Qualifikationskriterium im wissenschaftlichen Werdegang zentral mit einbezogen werden. Sie ist genauso wichtig wie Forschung.

? Lehre ist nicht nur zur Ausbildung, sondern zur Bildung da! Das muss sich in der angemessenen Bereitstellung von Ressourcen für Grundlagen und Querschnittsthemen widerspiegeln.

? Die Vielfalt von Lehrinhalten muss gefördert werden, dafür sind auch finanzielle Aufwendungen nötig!

? Lehre muss angemessen bezahlt werden! Dies bedeutet auch Betreuungs- und Vorbereitungszeiten in die Vergütung mit einzubeziehen. Zudem müssen deutlich mehr wissenschaftliche Stellen geschaffen werden, statt prekäre Arbeitsverhältnisse durch Werkverträge zu zementieren.

? Am OSI – aber nicht nur dort – müssen dauerhafte Lösungen gefunden werden, die sicherstellen, dass weiterhin ein breites Angebot gerade im Grundlagenbereich gesichert ist.

AK Kritische Lehre (*reflect!*), Nachbereitungsgruppe der Dozent_innen- und Tutor_innenversammlung des OSI vom November 2011, AK Lehre GEW & Einzelpersonen im April 2012
